

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Mitrisirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 210.

Donnerstag den 8. September.

1898.

Zum deutsch-englischen Abkommen.

Den Inhalt des deutsch-englischen Abkommens giebt die Londoner „Daily Mail“ wie folgt an: Das Abkommen regelt alle zwischen den beiden Ländern bestehenden Streitpunkte in Afrika. Ein zwischen den verhandelnden Mächten getroffenes Uebereinkommen befähigt Portugal zur Aufnahme einer Auleihe, um dem Portugal vorausichtlich verurteilenden Schiedsgericht in Angelegenheit der Delagoa-Eisenbahn zu genügen. Rhodes habe als Vertreter gewisser südafrikanischer Interessen bereits Unterhandlungen begonnen für den Verkauf der Delagoabahn von Portugal. Großbritannien und Deutschland betrachten eine solche Möglichkeit mit Gleichmuth. Es sei fürstige getroffen für die Theilung des neutralen Gebietes von Salaga und Dagonda. Sie werde im Interesse beider Länder ausgeführt werden. So weit als möglich sei der weiße Volta als Scheidelinie in Aussicht genommen. Es scheint in der That, als ob Deutschland seine Stellung in der Delagoabahnfrage geändert hat. Dafür spricht auch eine ansehnliche offizielle Auslassung der „Post“, worin die Sympathien, die sich noch heute in deutschen Blättern für die Boeren kund geben, verspottet werden. Die „Post“ schreibt nämlich: „Es wäre auch möglich, sich zu überlegen, wie der Beweis geführt werden soll, daß durch die Sympathieverbindungen für die Boeren aus dem Jahre 1896 zu Gunsten der in Transvaal lebenden Deutschen greifbare Vorteile gegenüber anderen dort ansässigen Ausländern erzielt worden sind. Wir haben in Südafrika, wie überall, unsere eigenen Interessen zu vertreten. Ob dies auf die Dauer besser zu wahren sind durch unverändertes Festhalten einer diplomatischen Kampfstellung gegen England oder durch gütliche Verständigung mit einem doch nicht als Last zu behandelnden Großstaat auf Grund der gegebenen Machtverhältnisse, ist eine Frage, bei deren Prüfung der still abzuwägende Bestand ein besserer Rathgeber sein dürfte, als unruhigere Herzensaufwallungen.“

Zum Fall Dreyfus.

Der neue Kriegsminister Zurlinden beauftragte den General Borius mit der einstweiligen Wahrnehmung der Stelle des Militärgouverneurs von Paris. Dem „Matin“ zufolge kritisierte Ministerpräsident Brisson im letzten Ministerrath scharf das Vorgehen des Kriegsministers, welcher dem Bruch gemäß seine Demission in Gegenwart aller Kollegen hätte geben sollen; ebenso beklagte Brisson die aggressive Form des Demissionsbriefes Cavaignacs. In dem Antwortschreiben begnügte sich Brisson mit einfacher Kenntnisaufnahme der Demission, ohne den mindesten Ausdruck des Bedauerns hinzuzufügen. Es heißt General Sauffier lehnte das Kriegsportefeuille mit der Begründung ab, er sei als Militärgouverneur gezwungen gewesen, mehrere Maßnahmen in der Dreyfusfrage anzuordnen, deshalb wolle er die Liquidation anderen überlassen. Ueber Dreyfus' Gefangenschaft auf der Teufelsinsel berichtet ein Marine-Infanterieoffizier, der kürzlich dienstlich auf der Teufelsinsel weilte, folgendes: Er sah den fast zum Seelert abgemagerten Hauptmann Dreyfus, welcher seit vier Jahren, frisches Fleisch verschmähend, von Conferenzen lebt. Seinen Wächtern giebt er keinen Anlaß zur Klage. Er sitzt funderland mit getrauten Armen vor einer Hütte und blickt aufs Meer hinaus. In

einem Briefe vom 27. Juni an seine Gattin spricht Dreyfus die Hoffnung aus, daß sein an Faure gerichtetes Revisionsgesuch Erfolg haben werde. Er schreibt u. A. „Mein Leben gehört Frankreich, meine Ehre unseren Kindern.“

Oberst Picquart soll auf Ansuchen seines Verteidigers Labori ein Gehuch um vorläufige Freilassung unterzeichnet haben. Es ist überhaupt verurtheilt, daß Picquart noch in Haft bleibt, nachdem sein Hauptgegner und Befestigungsgeuge Henry als Falscher entlarvt worden ist.

Das den Pariser Vorgängen nur aus der Ferne zusehende Ausland kommt kaum dazu, sich von dem jeweiligen Stadium der Entwicklung eine genauere Rechenschaft zu geben, weil schon jeder neue Zwischenfall dem Gesamtbilde ein ganz verändertes Aussehen verleiht; die Aufgabe des Tageschronisten beschränkt sich daher für jetzt im wesentlichen auf Registrierung der thatsächlichen Neuigkeiten, unter vorläufiger Verhaltung aller Kommentare, die doch nur subjektiven Werth haben würden. Was insbesondere die Frage der Revision des Dreyfus-Prozesses anlangt, so bleibt, schreiben die „B. B. N.“, der deutsche Standpunkt noch wie vor dergestalt, daß diese Angelegenheit lediglich ein französisches Internum ist, das uns in keiner Weise berührt, und soweit die öffentliche Meinung an der Sache Interesse nimmt, kann dies eben nur ein psychologisches sein, insofern es nach deutscher Auffassung einfach unfaßbar erscheint, wie ein Offizier, gleichviel zu welchem Zweck, sich einer Fälschung schuldig machen kann. Im übrigen liegt, wie gesagt, vom deutschen Standpunkte aus heute, so wenig wie früher eine Veranlassung vor, sich wegen der die Gemüther der Franzosen erregenden Frage pro oder contra tendend zu beschäftigen.

Die Köln. Ztg. schreibt zu den neuesten Pariser Ereignissen, wenn die Generalsablätter den Glauben erwecken, daß Frankreich durch die Veröffentlichung der gemaltenen Dreyfus-Schriftstücke der Gefahr eines Krieges mit Deutschland nicht den allermindesten Einbruch. Man wisse nun, um welche Schriftstücke es sich handle, daß namentlich angebliche Briefe des deutschen Kaisers in Betracht kommen, die dieser an Dreyfus geschrieben haben soll. Deutschland sehe der Veröffentlichung dieser Fälschungen mit außerordentlichem Gleichmuth entgegen. Ein deutscher Kaiser führe keinen Schriftwechsel mit für Deutschland arbeitenden Spionen. Wenn ein Agent oder höherer Offizier den Namen des Kaisers gefälscht habe, so liege darin kein Grund für Deutschland, Frankreich mit Krieg zu überziehen.

Politische Uebersicht.

Die Friedensconferenz soll Ende dieses Jahres oder Anfang 1899 stattfinden. Dienen Wunsch hat Rußland nach einer Wolffschen Meldung aus Kopenhagen geäußert. Auch die dänische Regierung hat die Einladung zur Friedensconferenz mit Dank angenommen. In der Antwort auf die Einladung zur Friedensconferenz sagt die italienische Regierung nach dem „Popolo Romano“, sie werde die Konferenz gern auf jede mögliche Weise unterstützen, damit die Wohlthaten des Friedens allen Völkern auf lange Zeit hinaus gesichert würden.

Oesterreich-Ungarn. Die ungarischen Parlamente sind am Montag wieder zusammengetreten. — In einer Konferenz der Unabhängigkeitspartei wurde der Abg. Göttös beauftragt, im Abgeordnetenhaus ein Misstrauensvotum gegen die Regierung wegen ihrer Haltung in der Ausgleichsfrage zu beantragen. — In einer Konferenz der liberalen Partei äußerte Ministerpräsident Baron Banffy betreffend die Frage des Ausgleichs, es herrsche zur Zeit keine Besorgniß darüber, daß über die Ausgleichsvorlagen

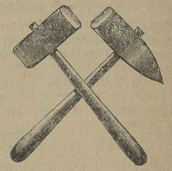
nicht verhandelt werden könne. Der Wunsch der großen Mehrheit im Lande sei Aufrechterhaltung der Zollgemeinamtheit, welche die Regierung zu erhalten bestribt gewesen sei und noch sei. Die Regierung hoffe, daß sich der österreichische Reichsrath nicht actionsunfähig erweisen werde. Wenn die Hoffnung sich nicht erfülle, so zeichnen die Gesetze für Ungarn den Weg des Selbstbestimmungsrechtes vor, woraus jedoch eine Trennung nicht folge, welche weder politisch noch wirtschaftlich rathsam erscheine. Die Regierung werde sich nicht überraschen lassen und bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen nicht vom gesetzlichen Wege abweichen. Auf Antrag des Abg. Kogodits sprach die Parteideputirtenpräsidenten ihr Vertrauen aus und sagte ihre Unterstützung bei Ausführung dieses Programms zu.

Rußland. Eine Sensationsmeldung ist der „Fest. Ztg.“ von ihrem Belgrader Correspondenten zugegangen, der „von einem sonst sehr gut unterrichteten russischen Freunde“ folgende Mittheilung erhalten hat. Vor Kurzem sandte Kaiser Wilhelm den Grafen Motte mit einem eigenhändigen Schreiben an den Zaren Nikolaus und machte ihm den Vorschlag, daß man dem Kaiser Franz Josef zu seinem Jubiläumstafel die beiden okkupirten Provinzen Bosnien und die Herzegovina zum Geschenk mache, d. h. die Bestimmung des Berliner Vertrages derart ändere, daß diese Länder gütlich und einwillig der österreichisch-ungarischen Monarchie einverleibt werden können. Wenn der Zar zustimme, könnten sie dann gemeinsam bei den anderen Signatarmächten des Berliner Friedensvertrages auch deren Zustimmung erwirken. Der Zar hat sofort nach Empfang des Handschreibens des Kaisers von Deutschland den Minister des Aeußeren, Grafen Murawiew, und nach demselben den Oberprocurator Bobichonowicz heranzu und mit ihnen über diesen Vorschlag des Kaisers Wilhelm berathen. Nach dieser Berathung theilte Murawiew dem Grafen Motte mit, daß seine Mission keinen günstigen Erfolg gehabt habe. In einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser Wilhelm hat nun Zar Nikolaus sein Bedauern ausgesprochen, daß er in dieser Angelegenheit seinen Wunsch nicht zu erfüllen vermöge; Rußland könne nicht zugeben, daß Bosnien und die Herzegovina, zwei von Serben besetzte Gebiete, einwillig in Oesterreich-Ungarn einverleibt werden. Darauf habe Kaiser Wilhelm die Angelegenheit fallen lassen. — Die „Fest. Ztg.“ bezweifelt selbst die Richtigkeit dieser Mittheilung. Auch wir schließen uns diesem Zweifel an. — Die „Post“ bezeichnet kategorisch die ganze Erzählung als „vollständig erfunden“.

Spanien. Die spanischen Parlamente sind am Montag wieder eröffnet worden. In beiden Kammern ging es gleich ziemlich hitzig zu. In der Deputirtenkammer verlas nach Eröffnung der Sitzung der Finanzminister mehrere Gesetzentwürfe; darauf ging das Haus zur Wahl verschiedener Abtheilungen über. Ein Abgeordneter tabelte das Rundschreiben des Generalkapitäns von Madrid hinsichtlich der Veröffentlichung eines Auszuges aus dem Sitzungsberichte der Kammer und erhob Einspruch gegen die Censur, welche eine Mittheilung der Presse über die Depesche des Generals Linars, worin die Lage in Santiago geschildert wurde, verhindert habe. Der Kriegsminister antwortete auf diesen Angriff mit dem Bemerkten, das Rundschreiben habe den Zweck, zu verhindern, daß die Reden der Deputirten in den Blättern falsch gedeutet würden. Die Regierung habe es zweckmäßig befunden, einer Veröffentlichung der Depesche des Generals Linars vorzuziehen. Gasset, der Director des „Imparcial“, bezeichnete die gegenwärtige Lage der Presse als unhaltbar. Romero erklärte es für unmöglich, daß die verfassungsmäßigen Garantien noch weiterhin während der Session auf-



Englische Anthracitkohle



aus neuen Schiffsladungen ist eingetroffen und bitte um geneigte Bestellungen.

Eduard Klauss.

Donnerstag

15. September

Ziehung der beliebten **Marienburg-Pferde-Loose à 1 Mark** — 11 Stück **10 Mark** versendet das Generadebit **Ludwig Müller & Co., Berlin.**

Hauptgewinne: **95 Pferde** mit 8 eleg. Wagen, **10 Fahrräder**, zusammen 3260 Gewinne.

Corsets!

Um mein großes Lager wegen bevorstehenden Umzugs etwas zu räumen, werden

Corsets zu und unterm Preis verkauft.

Achtungswoll

Fran Schönleiter,
Dierburgstraße 9.



Verband Deutscher Handlungsbekanntmachung
Donnerstag d. 8. d. M.
Monats-Versammlung.
Hôtel „Halb. Mond“.

Tivoli

Sonntag den 11. September
großes Extra-Concert,
gegeben von der Stadt-Kapelle.
Anfang abends 8 Uhr. Entrée 25 Pf.
G. Lange. Krumholz.

Neumark.

Sonntag den 11. September laden zum **Erntedankfest**, von nachmittags 3 Uhr ab Tanzmusik bei vollbesetztem Orchester, freundlich ein G. Schumann, Schmitz.
Für gute Speisen und ff. Biere ist Sorge getragen.

Frankleben.

Zum Erntedankfest, Sonntag den 11. September, von nachmittags 3 Uhr ab, **Tanzmusik**, Locat freundlich ein. Precht, Gastwirth.

Möckerling.

Sonntag den 11. September **Saal-Weihe** in meinem neubauten Local, wozu ich hierdurch alle alten Freunde und Bekannte herzlich einlade. **Karl Baumgärtner.**

Restaurant Preussischer Adler.

Donnerstag **Schlachtfest**, L. Wassermann.

haus-schlachtene Würst.

Donnerstag **haus-schlachtene Würst**, H. Böhme, Antschänker 6.



Winter-Hüte
für Damen, Herren und Kinder
in reichster Auswahl,
neuesten Formen und größtem Farben-Sortiment
zu billigsten Preisen
empfehlen
Franz Lorenz,
11. Ritterstraße 2,
Merseburg, Ecke Entenplan.

Kaiser Wilhelms-Halle.

Original-Welt-Panorama.
Knauf-Ausstellung photoplastischer Landes-Serien
in wöchentlichem Wechsel.

In Ausführung und Wahl der Motive einzig! Schenswürdigkeit 1. Ranges! Neueste Erfindung: Tag- u. Nacht-Beleuchtung. Jeder Platz zum Selbstgucken.

Neu! Die Schweiz, Schaffhausen, Rheinfall, Engadin. Neu!

Großartige Nacht-Serie ersten Ranges.
Entrée à Berlin 30 Pf. Kinder unter 14 Jahren 10 Pf. Für Abdomenten 10 Karten Mk. 2,00. 10 Kinder-Karten Mk. 1,50. Karten für Vereine 100 Stück Mk. 15,00 sind an der Kasse zu haben. Karten im Vorverkauf zu 20 Pf. sind zu haben in den Glacé-Geschäften der Herren G. Heintze, Bahnhofsplatz, Gehr, Schälke Jun., ff. Ritterstr., W. Moritz (Hirn, Gebr. Schwarz), Burgstraße, und in der Kaiser Wilhelms-Halle.

Geöffnet täglich von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends.
Hochachtungsvoll **Paul Selle, A. Ahrens.**

Verein der Gattinche von Merseburg. Umgegründ. Freitag den 9. September, nachm. 3 1/2 Uhr.

Monats-Versammlung im Restaurant „Zur guten Quelle“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Wer schnell u. billig Stellung will, verl. pr. Postkarte d. Deutsche Vakanzenpost Göttingen.

Junger Kaufmann sucht in d. Abendstunden Nebenbeschäftigung in Buchführung oder Correspondenz. Geringe Fixkosten bitte man unter „Kaufmann“ an die Exped. d. Bl. zu richten.

Zimmerleute werden gesucht.
Louis Vogel, Zimmermeister,
Leinisch bei Leipzig.

Suche für meine Carionengenanheiten **7 tüchtige junge Mädchen**, die am liebsten solche, die in dem Fache schon gearbeitet haben.

W. Limprecht, Breitstr. 21.

Am 1. October wird ein **ordentliches gesundes Mädchen** gesucht.

14-jähriger Arbeitsbursche für leichte Arbeit und zum Begehen wird gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

1 tüchtiges Mädchen, die im Kochen gut Bescheid weiß, wird per 1. October er. gesucht.

Gothardstrasse 11.

Ein **ordentliches kräftiges Mädchen** zum 15. September für die Vormittagsstunden als **Aufwartung** gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl. zu erfahren.

1 junges Mädchen, welches das feine Plätten und Weißbäcker erlernt hat, sowie in allen feinen weiblichen Handarbeiten erfahren ist und auch das Zimmerreinigen mit übernehmen will, sucht Stellung als Stubenmädchen. Bitte Offerten unter **G B** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

2 Frauen zum Drechseln sofort gesucht. **Korth.**

1 Portemonnaie mit Inhalt und einem Trauring verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei **Frau Lapp, Johannisstraße 4.**

Durchschnitts-Marktpreis für den Monat August 1898.

n 100 kg	Ä	p 100 kg	Ä
Weizen, guter	18 98	Gen.	4 56
„ „ „	14 78	Rindfl. (von der	
„ „ „	18 89	Kenig), pro kg	1 95
„ „ „	18 89	Bauschlack, do.	1 15
„ „ „	18 89	Schweinefl., do.	1 90
„ „ „	17 89	Kalbsfleisch, do.	1 25
„ „ „	21 89	„ „ „	1 25
„ „ „	5 31	Speck (ger.), do.	1 70
„ „ „	3 40	Butter, do.	2 90
„ „ „	1 90	„ „ „	3 79

Hierzu eine Beilage.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnähme der Tage nach den Sonn- und Festtagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Mustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 210.

Donnerstag den 8. September.

1898.

Zum deutsch-englischen Abkommen.

Den Inhalt des deutsch-englischen Abkommens giebt die Londoner „Daily Mail“ wie folgt an: Das Abkommen regelt alle zwischen den beiden Ländern bestehenden Streitpunkte in Afrika. Ein zwischen den verhandelnden Mächten getroffenes Uebereinkommen befähigt Portugal zur Aufnahme einer Auleihe, um dem Portugal vorausichtlich verurtheilenden Schiedsspruch in Angelegenheit der Delagoa-Eisenbahn zu geneigen. Rhodes habe als Vertreter gewisser südafrikanischer Interessen bereits Unterhandlungen begonnen für den Verkauf der Delagoabahn von Portugal. Großbritannien und Delagoaland betrachten eine solche Möglichkeit mit Gleichmuth. Es sei fürstige getroffen für die Theilung des neutralen Gebietes von Salaga und Dagonda. Sie werde im Interesse beider Länder ausgeführt werden. So weit als möglich sei der weiße Volta als Scheidelinie in Aussicht genommen. Es scheint in der That, als ob Deutschland seine Stellung in der Delagoafrage geändert hat. Dafür spricht auch eine ansehnliche offizielle Auslassung der „Post“, worin die Sympathien, die sich noch heute in deutschen Blättern für die Boeren kund geben, verpöndelt werden. Die „Post“ schreibt nämlich: „Es wäre auch möglich, sich zu überlegen, wie der Welt gedient werden soll, daß durch die Sympathieverbindungen für die Boeren aus dem Jahre 1896 zu Gunsten der in Transvaal lebenden Deutschen greifbare Vortheile gegenüber anderen dort ansässigen Ausländern erzielt worden sind. Wir haben in Südafrika, wie überall, unsere eigenen Interessen zu vertreten. Ob dies auf die Dauer besser zu wahren sind durch unverändertes Festhalten einer diplomatischen Kampfstellung gegen England oder durch gütliche Verständigung mit einem doch nicht als Last zu behandelnden Großstaat auf Grund der gegebenen Nachweiskämpfe, ist eine Frage, bei deren Prüfung der sich abzeichnende Verlauf ein besserer Rathschluß sein dürfte, als unfruchtbare Verzeckungsvorstellungen.“

Zum Fall Dreyfus.

Der neue Kriegsminister Zurlinden beauftragte den General Borins mit der einstweiligen Wahrnehmung der Stelle des Militärgouverneurs von Paris. Dem „Matin“ zufolge kritisierte Ministerpräsident Brisson im letzten Ministerrath scharf das Vorgehen des Kriegsministers, welcher dem Brauche gemäß seine Demission in Gegenwart aller Kollegen hätte geben sollen; ebenso beklagte Brisson die aggressive Form des Demissionsbriefes Cavaignacs. In dem Antwortschreiben begnügte sich Brisson mit einfacher Kenntnisaufnahme der Demission, ohne den mindesten Ausdruck des Bedauerns hinzuzufügen. Es heißt General Sautter lehnte das Kriegsgouvernement ab, weil er als Militärgouverneur gezeugt worden, mehrfache Maßnahmen in der Dreyfusfrage anzuordnen, deshalb wolle er die Liquidation anderen überlassen.

Ueber Dreyfus' Gefangenschaft auf der Teufelsinsel berichtet ein Marine-Infanterieoffizier, der kürzlich dienstlich auf der Teufelsinsel weilte, folgendes: Er sah den fast zum Skelett abgemagerten Hauptmann Dreyfus, welcher seit vier Jahren, frisches Fleisch verjüngend, von Conferenzen lebt. Seinen Wächtern giebt er keinen Anlaß zur Klage. Er steht fundenlang mit getrauten Armen vor einer Hütte und blickt aufs Meer hinaus. In

einem Briefe vom 27. Juni an seine Gattin spricht Dreyfus die Hoffnung aus, daß sein an Faure gerichtetes Revisionsgesuch Erfolg haben werde. Er schreibt u. A. „Mein Leben gehört Frankreich, meine Ehre unseren Kindern.“

Oberst Biquart soll auf Ansuchen seines Vertheidigers Labori ein Gesuch um vorläufige Freilassung unterzeichnet haben. Es ist überhaupt verunverüth, daß Biquart noch in Haft bleibt, nachdem sein Hauptgegner und Befestigungsgeuge Henry als Falscher entlarvt worden ist.

Das den Pariser Vorgängen nur aus der Ferne zusehende Ausland kommt kaum dazu, sich von dem jeweiligen Stadium der Entwicklung eine genauere Rechenschaft zu geben, weil schon jeder neue Zwischenfall dem Gesamtbilde ein ganz verändertes Aussehen verleiht; die Aufgabe des Tageschronisten beschränkt sich daher für jetzt im wesentlichen auf Registrirung der thatsächlichen Neuigkeiten, unter vorläufiger Verhaltung aller Kommentare, die doch nur subjektiven Werth haben würden. Was insbesondere die Frage der Revision des Dreyfus-Prozesses anlangt, so bleibt, schreiben die „B. B. N.“, der deutsche Standpunkt noch wie vor derjenige, daß diese Angelegenheit lediglich ein französisches Internum ist, das uns in keiner Weise berührt, und soweit die öffentliche Meinung an der Sache Interesse nimmt, kann dies eben nur ein psychologisches sein, insofern es nach deutscher Auffassung einfach unfaßbar erscheint, wie ein Offizier, gleichviel zu welchem Zweck, sich einer Falschung schuldig machen kann. Im übrigen liegt, wie gesagt, vom deutschen Standpunkte aus heute, so wenig wie früher eine Veranlassung vor, sich wegen der die Gemüther der Franzosen erregenden Frage pro oder contra tendenziös zu äußern.

Die „Köln. Zig.“ schreibt zu den neuesten Pariser Ereignissen, wenn die Generalsblätter den Glauben erwecken, daß Frankreich durch die Veröffentlichung der gemaltenen Dreyfus-Schriftstücke der Gefahr eines Krieges mit Deutschland entgegengehe, so machen sie auf Deutschland nicht den allermindesten Eindruck. Man wisse nun, um welche Schriftstücke es sich handle, daß namentlich angebliche Briefe des deutschen Kaisers in Betracht kommen, die dieser an Dreyfus geschrieben habe, um ihn zu verurtheilen. Die Veröffentlichung dieser Briefe würde die öffentliche Meinung in Deutschland nicht weniger als in Frankreich beeinflussen. Man wisse nun, um welche Schriftstücke es sich handle, daß namentlich angebliche Briefe des deutschen Kaisers in Betracht kommen, die dieser an Dreyfus geschrieben habe, um ihn zu verurtheilen.

Die spanischen Parlamente sind am Montag wieder eröffnet worden. In beiden Kammern ging es gleich ziemlich hitzig zu. In der Deputirtenkammer verlas nach Eröffnung der Sitzung der Finanzminister mehrere Gesetzentwürfe; darauf ging das Haus zur Wahl verschiedener Abtheilungen über. Ein Abgeordneter tabelte das Rundschreiben des Generalkapitäns von Madrid hinsichtlich der Veröffentlichung eines Auszuges aus dem Sitzungsberichte der Kammer und erhob Einspruch gegen die Censur, welche eine Mittheilung der Presse über die Depesche des Generals Linars, worin die Lage in Santiago geschildert wurde, verhindert habe. Der Kriegsminister antwortete auf diesen Angriff mit dem Bemerken, das Rundschreiben habe den Zweck, zu verhindern, daß die Reden der Deputirten in den Blättern falsch gedeutet würden. Die Regierung habe es zweckmäßig gefunden, einer Veröffentlichung der Depesche des Generals Linars vorzuziehen. Gasset, der Director des „Imbarcial“, bezeichnet die gegenwärtige Lage der Presse als unhaltbar. Romero erklärte es für unmöglich, daß die verfassungsmäßigen Garantien noch weiterhin während der Session auf-

nicht verhandelt werden könne. Der Wunsch der großen Mehrheit im Lande sei Aufrechterhaltung der Zollgemeinschaft, welche die Regierung zu erhalten bestribt gewesen sei und noch sei. Die Regierung hoffe, daß sich der österreichische Reichsrath nicht actionsunfähig erweisen werde. Wenn die Hoffnung sich nicht erfülle, so zeichnen die Gesetze für Ungarn den Weg des Selbstbestimmungsrechtes vor, woraus jedoch eine Trennung nicht folge, welche weder politisch noch wirtschaftlich rathsam erscheine. Die Regierung werde sich nicht überraschen lassen und bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen nicht vom gelebten Wege abweichen. Auf Antrag des Abg. Bogdus sprach die Parteideputirtenpräsidenten ihr Vertrauen aus und sagte ihre Unterstützung bei Ausführung dieses Programms zu.

Rußland. Eine Sensationsmeldung ist der „Fest. Zig.“ von ihrem Belgrader Correspondenten zugegangen, der „von einem sonst sehr gut unterrichteten russischen Freunde“ folgende Mittheilung erhalten hat. Vor Kurzem sandte Kaiser Wilhelm den Grafen Motke mit einem eigenhändigen Schreiben an den Zaren Nikolaus und machte ihm den Vorschlag, daß man dem Kaiser Franz Josef zu seinem Jubiläum die beiden okkupirten Provinzen Bosnien und die Herzegovina zum Geschenke mache, d. h. die Bestimmung des Berliner Vertrages derart ändere, daß diese Länder gütlich und einwillig der österreichisch-ungarischen Monarchie einverleibt werden können. Wenn der Zar zustimme, könnten sie dann gemeinsam bei den anderen Signatarmächten des Berliner Friedensvertrages auch deren Zustimmung erwirken. Der Zar hat sofort nach Empfang des Handschreibens des Kaisers von Deutschland den Minister des Aeußeren, Grafen Murawiew, und nach demselben den Oberprocurator Bobokowicz herangezogen und mit ihnen über diesen Vorschlag des Kaisers Wilhelm berathen. Nach dieser Berathung theilte Murawiew dem Grafen Motke mit, daß seine Mission keinen günstigen Erfolg gehabt habe. In einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser Wilhelm hat nun Zar Nikolaus sein Bedauern ausgesprochen, daß er in dieser Angelegenheit seinen Wunsch nicht zu erfüllen vermöge; Rußland könne nicht zugeben, daß Bosnien und die Herzegovina, zwei von Serben besetzte Gebiete, einwillig in Oesterreich-Ungarn einverleibt werden. Darauf habe Kaiser Wilhelm die Angelegenheit fallen lassen. — Die „Fest. Zig.“ bezweifelt selbst die Wichtigkeit dieser Mittheilung. Auch wir schließen uns diesem Zweifel an. — Die „Post“ bezeichnet kategorisch die ganze Erzählung als „vollständig erfinden“.

Spanien. Die spanischen Parlamente sind am Montag wieder eröffnet worden. In beiden Kammern ging es gleich ziemlich hitzig zu. In der Deputirtenkammer verlas nach Eröffnung der Sitzung der Finanzminister mehrere Gesetzentwürfe; darauf ging das Haus zur Wahl verschiedener Abtheilungen über. Ein Abgeordneter tabelte das Rundschreiben des Generalkapitäns von Madrid hinsichtlich der Veröffentlichung eines Auszuges aus dem Sitzungsberichte der Kammer und erhob Einspruch gegen die Censur, welche eine Mittheilung der Presse über die Depesche des Generals Linars, worin die Lage in Santiago geschildert wurde, verhindert habe. Der Kriegsminister antwortete auf diesen Angriff mit dem Bemerken, das Rundschreiben habe den Zweck, zu verhindern, daß die Reden der Deputirten in den Blättern falsch gedeutet würden. Die Regierung habe es zweckmäßig gefunden, einer Veröffentlichung der Depesche des Generals Linars vorzuziehen. Gasset, der Director des „Imbarcial“, bezeichnet die gegenwärtige Lage der Presse als unhaltbar. Romero erklärte es für unmöglich, daß die verfassungsmäßigen Garantien noch weiterhin während der Session auf-

